

Der Sächsische Erzähler

Tagesblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichtsamtshand, des Hauptamts und des Bezirksamts zu Bischofswerda sowie des Finanzamts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindebehörden behördlicherweise bestimmtes Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volkschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkundliche Beilage - Frau und Heim - Landwirtschaftliche Beilage. - Druck und Verlag von Friedrich Wan, G. m. b. H. in Bischofswerda - Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erstausgabe: Täglich mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Fünf bis Sechs hundertthalter Mark 1.10. beim Abholen in der Geschäftsstelle mindestens 45 Pf. Gutsachenpreis 20 Pf. (Gutsachennummer 15 Pf.)

Neukircher Zeit Bischofswerda Nr. 444 und 445.
Im Falle späterer Gewalt - Krieg oder sonstige waffenmäßige Bedrohung des Betriebes der Zeitung oder der Verbreitungseinrichtungen - hat der Besitzer keinen Anspruch auf Entfernung oder Verhinderung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 45 mm breite einseitige Millimeterzeitung 8 Rp. Im Zetteln die 30 mm breite Millimeterzeitung 25 Rp. Nachlass nach den gesetzlich vorgeschriebenen Höhen. Für das Erstellen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Höhen keine Gewähr. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 28

Freitag, den 2. Februar 1934

89. Jahrgang

Tagesblatt

* Das „Südminister“ (Deutschland) forderte in der Sitzung Deutschiens historisch keine militärische Gleichberechtigung zu einem veröffentlichten werden. Die französische Regierung befürchtet Berlin aus Werm als weiteren Schritt, um Gründe genommen anzuschlagen. Standpunkt.

* Die englische und die italienische Rüstungsministerin wird zur Zeit im Auswärtigen Amt und im Reichsaußenministerium abgestellt. Die deutsche Stellungnahme wird so rasch und so leicht wie möglich erfolgen.

* In Washington wird erwartet, dass die Vereinigten Staaten kein Interesse daran hätten, Deutschland weiter zu helfen. Ein angemessener Standort der britischen Contingentverstärkung sei nicht als Ausführung empfohlen.

* Der Reichsminister hat am Donnerstag, dem 2. Februar, allein Schiedsgerichtsinstanz die deutsche Antwort auf die österreichischen Beleidigungen übergeben.

* Die Auflösung neuer Standorte geht in Frankreich weiter. In Lyon wurden große Befreiungen aufgedeckt, auf die auch hochrangige Politiker herangezogen sind. Weiter wird von Standorten Unterschlüsse bei landwirtschaftlichen Friedenstruppen berichtet. In Angoulême ist ein großer Betrag an der französischen Eisenbahngesellschaft durch eine Speditionssiehe aufgedeckt worden.

* Die Rüstungsministerin beginnt in Belgien am Sonnabend um 10 Uhr. Die Rüstungsminister Südmakrone, Italiens, Griechenlands und der Türkei werden ihre Meinungen über einen Weltkrieg erläutern. Englands hat eine Beleidigung abgelehnt.

* Bezeichnung des amerikanischen Schatzhauses in Washington erlaubt. Die Wertverminderung des Dollars habe die europäischen Krisenbedingungen in Amerika um 40 Prozent verminderter.

* Der 185 Meter hohe Mast der englischen Justiziation bei Greenwich ist jetzt durch den Strom völlig zerstört worden.

* Die Polizei hat einen Mordanschlag auf den Präsidenten von Rom verhindert. Mehrere Personen wurden verhaftet.

* Einflussliches am anderen Ende.

Die historische Stunde der Abrüstungsdebatte.

Zu den Denkschriften Italiens und Englands.

Eine spätere Zeit, die nach Überwindung des augenblicklichen Krisenzufanges die für die endgültige Gestaltung Europas überlich entscheidende geschichtliche Periode der Abrüstungsverhandlungen würdig ist, wird den Abrüstungs-Denkschriften Italiens und Englands, die jetzt der Öffentlichkeit übergeben worden sind, die Bedeutung von historischer Stunde, in der die deutsche Reichsregierung noch mit der sorgfältigen Prüfung der in den beiden Schriften enthaltenen Dokumenten grundsätzliche Natur zubilligen. Es ist in dieser Beurteilung beschäftigt ist, nicht am Platz, in eine kritische Beleuchtung der militär- und rüstungstechnischen Einzelheiten einzutreten. Richtungsfestigung für den weiteren Verlauf der Dinge wird aber sein, dass sowohl England wie Italien in ihrem Memorandum unumwunden aussprechen, dass sie mit einer Rüstung Europas im Sinne des Verträller Vertrages und des dort als Konsequenz der deutschen Entmischung in Aussicht gestellten Rüstungsabbau auf andere Mächte nicht mehr rechnen. Sie schert sich nach dem Eingeständnis der beiden Regierungen am mangelnden Willen der hochgerüsteten Staaten.

Damit ist für die Fortsetzung der Diskussion eine völlig neue Plattform geschaffen, auf der sich auch sowohl die italienischen wie die englischen Vorschläge, die um sich von einander abweichen, gemeinsam bewegen. Und wenn beide Staaten sich auf den Boden dieser unabänderlichen Tatsache stellen, die Abrüstungsmöglichkeit der anderen nach dem Verträller Schema in realpolitischer Erkenntnis der gegebenen Tatsachen zur Zeit als unabführbar bezeichneten, andererseits aber die deutsche Forderung der Gleichberechtigung bejaht, wird die einstige Forderung der Gleichberechtigung bejaht, die auf der Basis international anerkannter Regelung einen Rüstungsausgleich anstrebt. Gleichzeitig stellen wir England bemühen sich zwar, in diesem Rahmen auch noch dem Rest der Welt näher zu kommen, England noch mehr als Italien, das für die Effektivitäten beispielweise seine Vorschläge unter Zugrundelegung des status quo bei den wichtigsten Staaten macht, aber, gemeinsam an den

obigen Phrasen, die in Genf über das hohe Ziel der Abrüstungskonferenz gelegentlich zu hören waren, hat man sich doch mit einer entschlossenen Frontwendung wieder auf den Boden dieser nun einmal ganz und gar nicht idealistisch vertragten Erde zurückgefunden. Vielleicht muss man die englischen Vorschläge, selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass London bemüht war, nicht unerreichbare Ideale zu formulieren, sondern die Richtlinien eines Kompromisses anzugeben, von denen es glaubt, dass es allgemeine Annahme finden könnte, noch als allzu beschwerlich bezeichnen. Und selbst da wird man die Hoffnung aussprechen müssen, dass das englische Kabinett nicht allzu vertrauenvoll war, sondern sich entmündet die Gewissheit darüber verschafft hat, dass seine Anregungen auch auf Seiten Frankreichs Aufnahmefertigkeit finden oder doch es sich über die Mittel klar ist, mit denen es ihnen Anerkennung verschaffen kann.

Die vorliegende Italien, die ja dem englischen Außenminister schon Ende Januar in Rom übergeben wurden, wie die Englands, die also unter Berücksichtigung der Italienischen Zustände gekommen sein werden, gruppieren sich um drei Hauptprobleme, das der Sicherheit, der Gleichberechtigung und der Abrüstung oder, wenn man will, eben des Rüstungsausgleichs. Zur Frage der Sicherheit sollte man annehmen, dass die Italienisch-englischen Vorschläge eine Lösung auch im Sinne Frankreichs bedeuten. Italien bezieht sich ausdrücklich auf die Rufe von Rom (Wermachtspakt) und von Locarno und findet sich damit in Übereinstimmung mit dem englischen Memorandum, das außerdem auch noch den Kellogg-Pakt (Rüstungsausgleichspakt) heranzieht. Weitere Staaten erwähnen eigentlich als weitere Sicherheitsgarantie die vom britischen Reichsamt erklärte Bereitwilligkeit zum Abschluss von militärischen Abkommen mit allen Nachbarn Deutschlands.

Hinsichtlich der praktischen Durchführung der Gleichberechtigung ist in beiden Denkschriften anzuerkennen, dass sie mit gutem Willen versuchen, die deutschen Forderungen zu berücksichtigen, namentlich England allerdings nicht ohne wesentliche Einschränkungen, die nicht nur nach der grundlegenden Seite, sondern auch auf ihre praktischen Auswirkungen hin sorgfältig geprüft werden müssen.

Und was dann die Abrüstungsvorschläge anbetrifft, so gilt von ihnen das oben Gesagte, dass zu den Einzelheiten im Augenblick noch nicht Stellung genommen werden kann. Zweifellos dokumentiert sich aber auch hier der Wille zu einer stärkeren Anpassung an die rüstungstechnischen Notwendigkeiten, die deutlicherseits vom Standpunkt der Sicherheit aus erhoben werden müssen. Wenn das englische Memorandum in Punkt 11 und in Punkt 14b (normale Verteidigungsbevorratung und Tanks bis zu 6 Tonnen betreffend) sich auf Erklärungen des deutschen Reichskanzlers bzw. der Reichsregierung beruft, so erscheint die Bezugnahme insfern missverständlich, als sie nicht mit erwähnt, dass die angezogenen Erklärungen immer unter der ausdrücklichen Voraussetzung abgegeben worden sind, dass auch die anderen Mächte, die über die deutschen Forderungen hinausgehenden Kriegswaffen abrufen. Andernfalls würde in diesem doch wirklich nicht belanglosen Punkt der Grundzäh der Gleichberechtigung fragt verlegt werden.

Man wird auf die Antwort aus Frankreich jetzt gespannt sein dürfen. Das erste Echo der Pariser Presse klingt nicht ermutigend, braucht aber nicht überschätzt zu werden. Man wendet sich mit Hesitanz namentlich gegen das englische Memorandum und nimmt die italienische Denkschrift offenbar nicht ganz ernst. Von Daladier, dem neuen Leiter der französischen Außenpolitik, der sich gelegentlich mit Stolz darauf beruft, selbst Frontsoldat gewesen zu sein, darf eine ruhigere und der Verstärkung zuträglichere Beurteilung des ganzen Abrüstungskomplexes erwartet werden. Im übrigen zeigen seine ersten Maßnahmen schon, dass er das Bestreben hat, sich von den kommenden Einstüßen der parlamentarischen Cliques, die bisher sich so verhängnisvoll auf die französische Außenpolitik auswirkt, frei zu machen.

Eine günstige Voraussetzung für die weitere Behandlung der Angelegenheit darf darin gesehen werden, dass England sowohl wie Italien den Mut hatten, mit der Veröffentlichung ihrer Denkschriften aus dem Rahmen vertraulicher Verhandlungen herauszutreten und sich unmittelbar an die Westöffentlichkeit zu wenden.

(Weitere Meldungen über die Abrüstungsfrage auf der 2 Seite.)

Immer neue Standale in Frankreich.

Ein großer Schwindel in Lyon aufgedeckt.

Paris, 2. Februar. (Eig. Funkmeldung.) Große Beträgen, auf die auch höchstehende Polizeiherren fallen, wurden in Lyon aufgedeckt. Hier hatte ein gewisser Blain mit seiner Freundin im Jahre 1932 ein Unternehmen für Luftschiffwerbung ins Leben gerufen. Blain führte den Titel eines Präsidenten, seine Freundin war Generaldirektorin. In den Vorland wurden zwei bekannte französische Industrielle geholt. Dem Ehrenamtlich gehörten u. a. Edward Herriot, der frühere Luftschiffminister Laurent-Guynet und die bekannten Flieger Cossé und Joud. Das Unternehmen veranstaltete auch „Zwei Schauflüge“, bei denen jedoch, da die Flugzeuge fehlten, nur ein Motorradabfarter Luftschiffentwürfe vorsah. Das Ganze war nur der Vorwand zu einem grobgelegten Schwindel. Das Unternehmen soll zwei Wochen eine Tombola aus und sandte für 25 000 Francs zu zwei Francs teilnehmenden Objekten, da als Gewinne ein Flugzeug, ein Kraftwagen, Motorräder usw. ausgetragen. In Wirklichkeit war nicht ein einziger Gewinner vorhanden. Schließlich kam die Polizei dahinter und holte den Valet fest. Man glaubt, dass die beiden noch andere Beträgerverein auf dem Herdholz haben.

Betrug und Unterschlagung am laufenden Band.

Paris, 2. Februar. (Eig. Funkmeldung.) „Malin“ beschreibt sich mit handelsüblichen Unterschlagungen bei der Landwirtschafts-Kreditgenossenschaft von Moissacq bei Albi. Eine Hauptstelle kommt der verdeckte Bürgermeister des Ortes, Cecal, in Frage. Er betreute gleichzeitig die Filiale der Kreditgenossenschaft. Zahllose Geldsummen erhielten von ihm geringfügige Beträge, meist über Schuldcheine ausgestellt. Die auf bedeutende Summen lauteten. Mehrfach hat Cecal dann die Filiale noch nachdrücklich geföhlt, so dass bei jeder Kasse ein auf 5000 Francs lautender Schuldchein die Filiale 35 000 erhielt. Da das Gericht verurteilt ist, dass Cecal seines natürlichen Todes gestorben ist, soll die Leiche jetzt untersucht werden.

Gegen eine Speditionssiehe in Angoulême ist eine Untersuchung wegen Betruges an der staatlichen Eisenbahngesellschaft eingeleitet worden. Infolge Abgabefehler Ge-

wichtserklärungen sind Monate hindurch grobe Fleischsendungen zu sehr geringen Frachtfäden befördert worden. Der Schaden der Bahn wird auf über eine Million geschätzt.

Neues vom Staviski-Skandal.

Paris, 2. Februar. (Eig. Funkmeldung.) Unter den höheren Beamten, gegen die die Regierung im Zusammenhang mit dem Staviski-Skandal schwere Maßnahmen beschäftigt, befinden sich nach dem sozialistischen „Populaire“ der Pariser Polizeipräsident Chiappe, der Generalstaatsanwalt Douat-Guigue, der Staatsanwalt Preard, ein Schwager Chautemps und der Direktor der allgemeinen Sicherheitspolizei, Thomé.

Das „Echo de Paris“ und andere Blätter behaupten, dass Daladier in dem Bestreben, den Staviski-Skandal völlig aufzuklären, auch eine Untersuchung über die ungarischen Agrarbonds beantragt wolle. „Le Soir“ zufolge soll Daladier beabsichtigen, auch die näheren Umstände des Selbstmordes Stavisks nachprüfen zu lassen. Die Deftigkeit, so meint das Blatt, werde Daladier Dank wissen, ein Geheimnis aufzuklären, das immer noch große Beunruhigung auslösen.

Die Aussichten der Regierung werden im allgemeinen von vielen Blättern als nicht sehr rosig bezeichnet. „Le Soir“ erklärt, die jegliche Rätsel sei nicht zu regieren. Es sei notwendig, das Parlament möglichst bald aufzusäubern. Das Kabinett sei eine Übergangserscheinung.

Paris ohne Kraftdroschken.

Paris, 2. Februar. (Eig. Funkmeldung.) Von 7500 Pariser Kraftdroschken sind am Donnerstag nur 800 ausgefahren. Eine neue Protestversammlung der Fahrer gegen die neue Benzinsteuer verlief ziemlich stürmisch. Einige Personen wurden verhaftet. Es wurde beschlossen, am Freitag keine Droschen fahren zu lassen und überall Streikposten zu stellen.

Vor einigen Tagen hatten 500 Kraftdroschkenfahrer während der Beratung über die Benzinsteuer vor dem Parlamentsgebäude ein „Hupenkonzert“ veranstaltet. Sie wurden von der Polizei zerstreut. Es kam jedoch an anderer Stelle zu einem erneuten „Hupenkonzert“. Durch die vielen aufgefahrenen Kraftdroschken entstand eine Verkehrsblockade.